

FWG Büdingen kritisiert Schließungspläne des Mathilden- Hospitals scharf

Die FWG kritisiert die Schließungspläne des Mathilden-Hospitals in Büdingen und fordert dringend eine bessere Gesundheitsversorgung.

Die Schließungspläne für das Mathilden-Hospital in Büdingen stoßen auf erheblichen Widerstand seitens der Freien Wählergemeinschaft (FWG). Diese äußern sich verärgert über das mangelnde Engagement der verantwortlichen politischen Parteien und betonen die Notwendigkeit einer funktionierenden Gesundheitsversorgung in der Region.

Widerstand gegen Klinikschließung

Die FWG Büdingen haben sich deutlich gegen die anstehende Schließung des Mathilden-Hospitals positioniert und kritisieren, dass die Entscheidung bereits seit dem 12. Dezember 2023 bekannt gewesen sei, ohne dass die Landesregierung Maßnahmen ergriffen hat, um dem entgegenzuwirken. „Die Landesregierung, vor allem die CDU/SPD, haben sich offenbar nicht die Mühe gemacht, die Bedenken der Bürger zu hören“, so Ulrich Majunke und Thomas Appel von der FWG.

Fehlende Kooperation der Verantwortlichen

Ein zentraler Vorwurf der FWG ist, dass es keinerlei Bestrebungen gab, mit der Stadt Büdingen oder dem Wetteraukreis zu kooperieren, um die Klinik zu erhalten. Die FWG ist überzeugt, dass mögliche Kompromisse und Lösungen

existiert hätten, um das Mathilden-Hospital zu retten. „Die Schließung wurde gezielt vorbereitet, ohne die Bereitschaft zur Zusammenarbeit“, kritisieren die FWG-Vertreter. Dies würde nicht nur eine Missachtung der Verantwortung, sondern auch einen Bruch der Wahlversprechen der politischen Akteure darstellen.

Bedeutung für die lokale Gesundheitsversorgung

Die Schließung des Krankenhauses hat weitreichende Folgen für die Notfall- und Gesundheitsversorgung der Bürger in der Region. Eine gute Erreichbarkeit von medizinischen Einrichtungen auch außerhalb der regulären Öffnungszeiten ist für die Bevölkerung essenziell. Ein Anstieg von langen Krankentransporten und überfüllten Notaufnahmen in umliegenden Kliniken wird bereits jetzt beobachtet, was die Notwendigkeit eines funktionierenden Gesundheitssystems zusätzlich unterstreicht.

Zukünftige Schritte und Initiativen

Um auf die kritische Situation zu reagieren, planen die FWG einerseits, Anträge zu stellen, um die gesundheitlichen Belange der Region zu fördern. Darüber hinaus wird angestrebt, das Mathilden-Hospital als Standort für ein integriertes Notfallzentrum ins Gespräch zu bringen, um die Grundversorgung aufrechtzuerhalten. „Wir fordern eine frühzeitige Bewerbung Büdingens als Pilotprojekt für die notwendigen Reformen“, erklären Majunke und Appel.

Die Rolle der Rettungsdienste

Ein weiterer wichtiger Aspekt der Diskussion ist die Rolle der Rettungsdienste. Sowohl das DRK Büdingen als auch die Malteser arbeiten effizient und werden als unverzichtbarer Bestandteil der Notfallversorgung betrachtet. Ihre Arbeit ist

jedoch nur ein Teil des gesamten Systems, das notwendig ist, um die Gesundheitsversorgung in der Region abzusichern.

Zusammenfassend lässt sich sagen, dass die Freien Wähler eine aktive und engagierte Gesundheitspolitik fordern, um eine adäquate medizinische Versorgung der Bürger zu gewährleisten. Der Druck auf die politischen Entscheidungsträger steigt, zeitnah Lösungen zu entwickeln und die Bedenken der Bevölkerung ernst zu nehmen.

- **NAG**

Details

Besuchen Sie uns auf: [n-ag.de](https://www.n-ag.de)